

Lagarde schlägt Alarm: Politischer Druck gefährdet Finanzstabilität!

Christine Lagarde mahnt politische Einflussnahme auf Geldpolitik an, während Trump Jerome Powell scharf kritisiert.



Brüssel, Belgien - EZB-Präsidentin Christine Lagarde hat sich eindringlich gegen politische Einflussnahme auf die Geldpolitik ausgesprochen. Ihre Äußerungen kommen im Zuge der wiederholten Attacken von Donald Trump auf Jerome Powell, den Vorsitzenden der US-Notenbank Federal Reserve. Lagarde betonte in ihrer Erklärung, dass solche Einmischungen negative Auswirkungen auf die Wirtschaft haben können, indem sie zu niedrigerem Wachstum und höherer Inflation führen. In diesem Kontext stellt sie Powell als kompetenten Leiter heraus, der seiner Verantwortung zur Stabilität der Finanzmärkte nachkomme. Während Trump Powell mit beleidigenden Titeln wie „Mr. Zu Spät“ und „großen Loser“ diffamiert hat, ließ er gleichzeitig verlauten, dass er nicht vorhabe, Powell zu

entlassen. Dies ist besonders relevant, da ein US-Präsident die Entlassung des Fed-Vorsitzenden nicht ohne Weiteres veranlassen kann, was Powell selbst im November 2024 klarstellte.

Die Schnittstelle zwischen der politischen Rhetorik und der geldpolitischen Entscheidungsfreiheit hat die Märkte in Bewegung gebracht. Lagarde, die Powell bereits zuvor als „geschätzten Kollegen und Freund“ bezeichnete, sieht die Unabhängigkeit der Zentralbanken als essenziell an, um ökonomische Stabilität zu gewährleisten. Solche Diskussionen über die Unabhängigkeit der Notenbanken sind auch in der eurozonenweiten Geldpolitik von Bedeutung. Gerade die EZB hat unter Lagarde bereits mehrfach Zinssenkungen vorgenommen, um auf die momentanen wirtschaftlichen Herausforderungen zu reagieren.

Goldpreis und Marktreaktionen

Details	
Ort	Brüssel, Belgien
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.zvw.de• www.ig.com• www.wirtschaftsdienst.eu

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de